



SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!

Der Bundestag befindet sich in seiner Sommersitzungspause. Ich freue mich über noch mehr Zeit für Kontakte mit den Menschen im Wahlkreis, genieße das bürgerschaftliche Miteinander auf unseren Bürgerfesten und freue mich über die vielen guten Gespräche. Gleichzeitig beginnen die Vorbereitungen für die Bundestagswahl im Herbst nächsten Jahres.

Aber trotz Sommerpause bleibt auf der Bundesebene viel zu tun. Für Bundesregierung und Ampel-Koalition gilt: beide müssen nachsitzen. Denn selbst in der Verlängerung konnte sich die Regierung nicht auf einen beratungsfähigen Etatentwurf für 2025 einigen. Es klafft ein riesiges Finanzloch, obwohl alle Kreditmöglichkeiten bis zum Anschlag ausgereizt sind. Mehr dazu in diesem Newsletter.

Auch beim Wahlrecht heißt es nachsitzen. Das Bundesverfassungsgericht hat Teile des von der Ampel durchgepackten neuen Wahlrechts für verfassungswidrig befunden. Mehr dazu im Newsletter.

Schlechte Nachrichten kommen derweil erneut aus der Wirtschaft. Die Konjunktur trat auch im

zweiten Quartal des Jahres auf der Stelle. Deutschland hat unter den Industrienationen in Sachen Wirtschaftswachstum weiter die rote Laterne. Frühere wirtschaftliche Sorgenkinder etwa wie Spanien oder Frankreich haben Deutschland überholt und legen deutlich zu.

Auch für das zweite Halbjahr stehen die Vorzeichen leider nicht gut. Die Zahl der Firmenpleiten steigt, ebenso die Zahl der Kurzarbeiter und der Arbeitslosen. Immer öfter kündigen große Unternehmen einen drastischen Arbeitsplatzabbau an – zum Teil in fünfstelliger Höhe.

Wichtige Branchen wie Chemie, Bau, Maschinenbau und Automobilbau lahmen, verlagern sogar Produktion ins Ausland. Hohe Energiekosten, überbordende Bürokratie, ein nicht konkurrenzfähiges Steuersystem und nicht zuletzt das Handeln der Bundesregierung machen den Wirtschaftsstandort Deutschland unattraktiv.

Ich wünsche Ihnen trotz allem eine gute Woche, viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters und – sollten Sie noch einen Sommerurlaub vor sich haben – gute Erholung

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm

Nicht beratungsfähig: Milliardenloch im Etatentwurf



Schon vor der Sommerpause sollte der rot-grün-gelbe Haushaltsentwurf für 2025 vorliegen. Doch die Bundesregierung musste in die Verlängerung – und hat es dennoch nicht geschafft, einen beratungsfähigen Haushaltsentwurf vorzulegen. Das Ergebnis des vergeblichen Bemühens: eine ungedeckte Finanzlücke von 17 Milliarden Euro bei Ausgaben von knapp 481 Milliarden Euro und einer Neuverschuldung von 43 Milliarden Euro. Auf zentrale Herausforderungen fehlen die finanziellen Antworten. Nun muss die Regierung erneut nachsitzen. Das alles erinnert fatal an das Haushaltschaos des vergangenen Jahres – und dürfte erneut teuer werden für Bürger und Unternehmen.

Bei genauem Hinsehen entpuppt sich der Haushalt zudem als Mischung aus Luftbuchungen, Tricks und haushaltsrechtlich fragwürdigen Praktiken. Die Umwandlung von Zuschüssen in Darlehen schafft neue Schattenhaushalte. Hinter dem Versuch, nicht benötigte Notlagenkredite über ein KfW-Verrechnungskonto zu verwerten, stehen große verfassungsrechtliche Fragezeichen. Und die mittelfristige Finanzplanung mit einer

Nettoneuverschuldung von insgesamt rund 150 Milliarden Euro unterstreicht: Eine Rückkehr zu seriöser Haushaltspolitik ist mit Rot-Grün-Gelb auch künftig nicht zu erwarten.



Sebastian Brehm: „Rot-Grün-Gelb treibt unser Land immer tiefer in den Schuldenstaat, nimmt künftigen Generationen die Gestaltungsspielräume und macht die Menschen am Ende immer ärmer.“

Schlappe für die Ampel- aber auch für die direkte Demokratie



Die Ampelkoalition hat sich für ihr neues Wahlrecht erneut eine rechtliche Ohrfeige durch das Bundesverfassungsgericht eingefangen. Die Streichung der Grundmandatsklausel ist verfassungswidrig. Mit der Streichung versuchte die Ampel, im Interesse des eigenen Machterhalts gewählte Wahlkreisandidaten aus dem Bundestag fernzuhalten, deren Partei nicht die 5-Prozent-Hürde überspringt.

Doch leider ist das Karlsruher Urteil auch eine Schlappe für die direkte Demokratie. Es stärkt die Macht der Parteiapparate und schwächt den Einfluss der Bürger auf die Zusammensetzung des Parlaments. Denn künftig können direkt gewählte Wahlkreisabgeordnete von der Mandatsannahme ausgeschlossen werden, wenn

eine Partei durch Direktmandate mehr Abgeordnete erhalten würde als es ihrem Zweistimmenergebnis entspricht. Die Richter halten das für rechtlich vertretbar.

Viele Wahlkreise werden so nicht mehr direkt im Bundestag vertreten sein - zum Nachteil ihrer Bürger. Am stärksten betroffen sind davon voraussichtlich Bayern und Baden-Württemberg. Das leistet auch der oft beklagten Distanz zwischen Politik und Bürgern Vorschub - und damit weiterer Politikverdrossenheit.



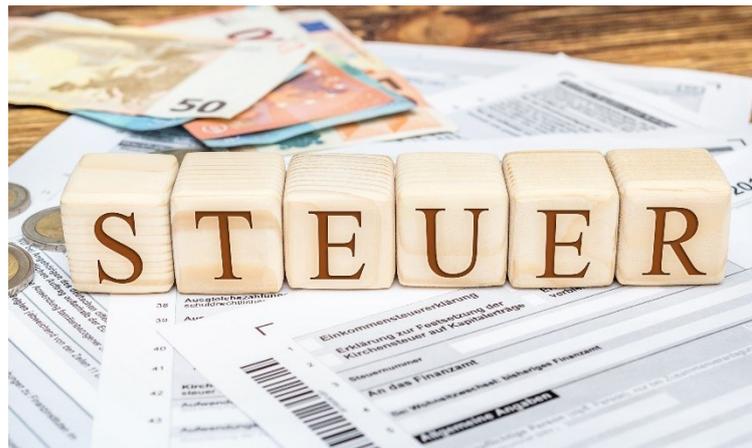
Sebastian Brehm: „Das Urteil berührt mich sehr. Denn wie kann ich sicherstellen, dass ich meinen Bauern im

Knoblauchland oder den Bürgern in der Altstadt weiterhin helfen und sie unterstützen kann. Wie können künftig Förderprogramme für Nürnberg geholt werden, wenn der direkt gewählte Abgeordnete nicht mehr automatisch in den Bundestag einziehen darf? Und wie kann ich nach diesem Urteil sicherstellen, dass die Menschen in Laufamholz, Großgründlach oder Buchenbühl ihren Lärmschutz an der Autobahn bekommen?

Es wäre gut, die Ampelkoalition käme zur Besinnung und würde ihr vermurkstes Wahlrecht ganz zurückziehen. Die Abwertung des Direktmandats schadet dem Vertrauen in die Demokratie. Denn was sollen die Bürger davon halten, wenn ein Teil ihres Wahlvotums einfach unter den Tisch gekehrt wird.

Gerade im Wahlrecht gilt: Nicht alles, was rechtlich möglich ist, ist auch politisch klug. Die rot- grün- gelbe Wahlrechtsänderung gehört – vorsichtig gesagt - zu den besonders unklugen Entscheidungen.“

Vertane Chance



Immer wieder hatte die Ampelkoalition den Vorwurf zurückgewiesen, den Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer für 2024 zum Nachteil der Steuerbürger falsch berechnet zu haben. Jetzt folgte das indirekte Eingeständnis. Der Grundfreibetrag soll rückwirkend um 180 auf 11.784 Euro erhöht werden. Für 2025 und 2026 sind weitere Erhöhungen auf 12 084 Euro bzw. 12.336 Euro vorgesehen. Das Kindergeld soll 2025 um fünf und 2026 um vier Euro monatlich steigen. Gleichzeitig sollen die Steuerklassen drei und fünf gestrichen sowie eine neue Meldepflicht für nationale Steuergestaltung eingeführt werden. Finanzminister Christian Lindner bedankt sich dafür mit viel Eigenlob.



Sebastian Brehm: „Rot-Grün-Gelb hat erneut die Chance verpasst, niedrige und mittlere Einkommen deutlich zu entlasten und so den

Wert von Arbeit zu unterstreichen. Man beschränkt sich auf das verfassungsrechtlich unbedingt Notwendige, statt zu gestalten. Wie ein Hohn wirkt da die Kindergelderhöhung. Die geplante Abschaffung der Steuerklassen und die sinnlose neue Meldepflicht helfen niemandem. Sie sind rein ideologische Selbstbefriedigung.“

Regierung unterstützt fragwürdige Finanztransfers



Das Hawala-System war im Mittelalter eine geradezu revolutionäre Erfindung für den Geldtransfer im arabischen Raum und ermöglichte historisch einen regelrechten Boom im Fernhandel. Inzwischen aber werden über dieses anonyme und rein auf Vertrauen basierende System Geldwäsche, Drogenhandel, Terrorfinanzierung und anderes Kriminelles betrieben. Und so taucht Hawala immer wieder in Berichten über Polizeirazzien auf - aber unlängst unter anderem auch in den Finanzflüssen des Auswärtigen Amtes.

„Es kommt auch für illegale, bewusst verschleierte Finanzaktionen zum Einsatz“, räumt die Bundesregierung jetzt in einer Antwort auf eine kleine Anfrage von CDU/CSU zum Hawala-Netzwerk ein. Ansonsten weiß sie nach eigenen Angaben aber herzlich wenig darüber, was im und rund um das Hawala-System passiert. Und so findet sich bei Fragen nach konkreten Zahlen und Fakten immer wieder die Antwort: „Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.“ Man habe solche Transaktionen weder getätigt noch beauftragt, betont die Regierung zudem.

Was freilich nur halbrichtig ist. Denn ganz offenbar duldet die Regierung dies in der

Zusammenarbeit mit Organisationen der Entwicklungshilfe nicht nur, sondern zahlt auch noch deren Hawala-Transaktionsgebühren. Wie oft dies geschah und was das kostete, darüber hüllt sich die Bundesregierung in Unwissenheit. Die einzelnen Geldtransfers würden von den bewirtschaftenden Ressorts nicht zentral erfasst, heißt es.

Der Bundesgerichtshof bewertet das, was sich unter dem weiten Mantel von Hawala abspielt, in einem Urteil allerdings deutlich und knapp als „kriminelle Vereinigung“. Und die deutsche Finanzaufsicht BaFin stellt klar, Hawala sei als Finanztransfersystem nicht genehmigungsfähig und damit strafbar. Auffällig werden die Hawala-Geschäfte immer wieder: Mal fliegen Geldkuriere an Flughäfen auf, oder es verschwinden auf geheimnisvolle Weise Tonnen von Gold. Die Täter: Geschäftsleute mit einer Nebentätigkeit als Hawala, wie sich die Residenten des Systems nennen.

Die Bundesregierung rechtfertigt ihr Handeln mit hehren humanitären Anliegen. In manchen Regionen sei ein Transfer für Hilfsprogramme – und damit Hilfe - ohne das Hawala-System nicht möglich. Dazu gehört auch ein Land, wie das von den Steinzeit-Islamisten der Taliban beherrschte Afghanistan.



Sebastian Brehm: „Ich halte es für nicht hinnehmbar, dass die Bundesregierung die Nutzung eines Systems nicht nur zulässt, sondern auch noch

indirekt mitfinanziert, das bekanntermaßen für Terrorfinanzierung und andere kriminelle Geschäfte genutzt wird. Damit fällt die Bundesregierung den Strafverfolgungsbehörden und Gerichten in den Rücken, die versuchen, diesen illegalen Sumpf trocken zu legen.“

Der zweite Schlag saß



Bei der Kirchweih in Buchenbühl hatte ich in diesem Jahr die Ehre des Fassanstichs. Lediglich zwei Schläge waren nötig, bis das blonde Nass aus dem Zapfhahn floss. Die Kirchweihfeste sind für mich eine gern wahrgenommene Gelegenheit, miteinander zu reden. Bei einem Bier begegnet man sich auf Augenhöhe und kommt unkompliziert miteinander ins Gespräch.

Besucherguppe aus dem Wahlkreis in der Hauptstadt



Eine Besucherguppe aus meinem Wahlkreis unter anderem mit Mitgliedern der Siebenbürger Blaskapelle und der Wandergruppe Laufamholz konnte ich kurz nach Beginn der parlamentarischen Sommerpause in Berlin begrüßen.

Vielen Dank für den Besuch und die guten Gespräche während unserer Begegnungen. Es ist mir ein besonderes Anliegen, den Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis auch in der deutschen Hauptstadt einen Einblick in meine Parlamentsarbeit zu geben.

Auf dem dreitägigen Besuchsprogramm standen unter anderem auch noch eine Stadtrundfahrt, eine Führung durch die „Parlamentshistorische Ausstellung des Deutschen Bundestages“, ein Informationsgespräch im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und die Besichtigung des Plenarsaals.

Offensive für moderne Kernkraft



Hohe Energiepreise treiben gegenwärtig energieintensive Unternehmen ins Ausland und gefährden damit Wachstum und Wohlstand in unserem Land. Bei einem Besuch bei der Framatome GmbH in Erlangen haben ich mich über moderne Kernenergie-lösungen informiert. Wir brauchen zur Sicherung der eigenen Energieversorgung eine Offensive für die Rückkehr zur Kernkraft. Wer Kernkraft importiert, darf sie im eigenen Land nicht verteufeln. Zusätzlich muss die Stromerzeugung aus Sonne, Wind und Wasser ausgebaut werden.

99,27 Prozent



Mit 99,27 Prozent der Stimmen hat mich die Aufstellungsveranstaltung der CSU für die Bundestagswahl im nächsten Jahr nach 2017 und 2021 erneut als Direktkandidaten für den Wahlkreis Nürnberg-Nord nominiert. Zu den ersten Gratulanten gehörte unser CSU-Vorsitzender und bayerischer Ministerpräsident Markus Söder.

Ich danke für den Vertrauensbeweis und verspreche Ihnen, dass ich mich als Bundestagsabgeordneter auch weiterhin mit aller Kraft für Nürnberg einsetzen werde.

Das Ziel von CDU und CSU ist ganz klar, stärkste Fraktion bei der Bundestagswahl 2025 zu werden und die Ampel-Regierung abzulösen. Die rot-grün-gelbe Bundesregierung taumelt von einem Desaster ins nächste. Das muss aufhören, im Interesse unseres Landes.

Wir kämpfen dafür, dass sich Arbeit wieder lohnt. Dazu gehört die Senkung der Steuern und die Erhöhung der Freibeträge. Nur so kann der

Wohlstand für Familien aufrechterhalten werden.

Zur Stärkung der Wirtschaft müssen wir ganz dringend den Bürokratie-Wahnsinn stoppen. Es kann nicht sein, dass sich mittelständische Unternehmen teilweise mit mehr als 20 Prozent ihrer Arbeitsleistung mit Bürokratie beschäftigen müssen. Das hemmt die Produktion und den Fortschritt und gefährdet am Ende Arbeitsplätze.

Das Behm.mobil vor Ort



Mit meinem Brehm-Mobil habe ich in Buchenbühl Am Paulusstein Station gemacht. Was die Menschen hier besonders bewegt: der Lärmschutz und dass es am Flughafen Nürnberg kein Nachtflugverbot gibt. Danke für das große Interesse an meiner mobilen Sprechstunde. Das direkte Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern ist mir wichtig. Deshalb komme ich gerne dorthin, wo die Bürger sind.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.